

1. No Country for Populist Leaders?

In den vorangegangenen beiden Kapiteln wurden die theoretischen und methodischen Grundpfeiler für die Hegemonieanalyse des SVP-Populismus errichtet. Um diesen Diskurs auf seine identitätsstiftenden Effekte hin zu befragen, gilt es nun zuerst die politische Kultur zu beschreiben, in deren Kontext er operiert und die er auf spezifische Weise verformt. Meine Analyse zielt jedoch nicht auf eine vollständige Darstellung der politischen Kultur der Schweiz. Vielmehr sollen jene artikulatorischen Praktiken rekonstruiert werden, die für die Struktur und die außergewöhnliche Stabilität der politischen Schweiz maßgeblich waren. Ich möchte zeigen, wie die kompromissorientierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse des schweizerischen Konkordanzsystems ein soziales Imaginäres hervorbrachten, das in Form einer konsensorientierten, gemäßigt pluralistischen und insofern *populismusresistenten* politischen Kultur sedimentierte.¹ So verfügt die Schweiz zwar über eine wirkmächtige Tradition der nationalen Selbstvergewisserung, doch wurde diese seit dem Ende des Kulturkampfes zwischen einem ultramontanen, innerschweizerischen Katholizismus und einem nationalliberalen, mittelländischen Protestantismus Mitte des 19. Jahrhunderts nicht durch binäre, populistisch-äquivalenzlogische, sondern überwiegend durch neokorporatistische, differenzlogisch dominierte Diskurse geprägt.

1 Ich folge hierbei Oliver Marchart (2002), der das Konzept des hegemonialen Imaginären zur Beschreibung des österreichischen Neokorporatismus nutzt und zeigt, inwiefern der Aufstieg der FPÖ dieses hegemoniale Imaginäre erschüttert (vgl. auch Marchart 2000).

1.1 DER ‚KONKORDANZDEMOKRATISCHE SONDERFALL‘. ZUR HEGEMONIALEN KONSTRUKTION DER POLITISCHEN SCHWEIZ ZWISCHEN 1945 UND 1990

Vor der populistischen Wende der SVP spielten populistische Diskurse in der Schweiz eine weitgehend marginale Rolle.² Seitdem die Sozialdemokratische Partei (SP) im Nachgang des ersten und letzten Generalstreiks im Jahr 1918 die Proporzwahl für den Nationalrat erkämpfen konnte, ab 1959 zwei Bundesratssitze erhielt und fortan – trotz signifikanter Positionsdifferenzen – zumeist als kompromissbereiter Partner der bürgerlichen Mehrheit agierte, kannte das politische System der Schweiz über drei Jahrzehnte keine machtvolle systematische Oppositionspartei.³ Mit Ausnahme der Grünen, denen es gelang, die postmateriellen Einstellungen der Neuen Sozialen Bewegungen zu bündeln, scheiterten alle politischen Initiativen, sich nachhaltig mit einem Programm links oder rechts der durch die vier Bundesratsparteien verkörperten politischen Mitte zu etablieren.⁴

Auf der linken Seite des politischen Spektrums disqualifizierte sich die Nachfolgepartei der verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS), die Partei der Arbeit (PdA), durch ihr Bekenntnis zu den imperialistischen Interventionen der Sowjetunion in Osteuropa und konnte sich in den 1960er und 1970er Jahren lediglich in ein paar Hochburgen in den westschweizerischen Industriezentren behaupten. Da die Sozialpartnerschaft, der Arbeitsfrieden und die politische Integration der SP den Klassenkonflikt wirksam dämpften,⁵ konnten die inzwischen zersplitterten politischen Bewegungen links der mitregierenden SP ihren Einfluss nicht über diese wenigen roten Inseln hinaus ausdehnen.⁶

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums hingegen konnte die von dem charismatischen Verleger James Schwarzenbach geführte Nationale Aktion in den 1970er Jahren für Aufsehen sorgen, als die Volksinitiativen gegen Überfremdung, mit denen die Partei gegen die Wirtschafts- und Migrationspolitik des

2 Vgl. für einen Überblick Altermatt u.a. 1994.

3 Zur Geschichte der SP vgl. Degen 1993.

4 Zur Geschichte der Grünen in der Schweiz vgl. Seitz 2008.

5 Zur Geschichte des Arbeitsfriedens vgl. Degen 1991.

6 Zur Entstehung der Sozialpartnerschaft vgl. ebd.; für eine kompakte Darstellung der politischen Parteien und Bewegungen links der SP vgl. Studer 2010; detailliert Rauber 2003.

Bundesrates politisierte, nur knapp scheiterten.⁷ Gegen die kulturrassistisch begründete Migrationspolitik der Nationalen Aktion verbündeten sich die großen Parteien, die Kulturschaffenden, die Medien, die Kirchen, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften. Gleichzeitig erwies sich der Überfremdungsbegriff, mit dem die Partei hantierte, aber als geeigneter politischer Kampfbegriff, um diesen deutungsmächtigen politischen Kräften die Stirn zu bieten und ein insbesondere im Arbeiter- und Bauernmilieu verbreitetes Unbehagen gegenüber dem Strukturwandel, den Industrialisierungs- und Modernisierungsprozessen und der damit verbundenen Arbeitsmigration aus Südeuropa zu kanalisieren.

Schwarzenbachs vehemente Kritik an der „materialistischen Maßlosigkeit der Moderne“⁸, die heraufbeschworene Bedrohung durch die „kommunistischen Arbeitsmigranten“⁹ und die skizzierte Alternative einer kleinräumigen, religiös und rural geprägten Schweiz waren indes inkompatibel mit den Lebenswirklichkeiten einer zunehmend urban und suburban geprägten Gesellschaft. Zumal sich die von „Blochers Vorläufer“¹⁰ geschürte Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen für die meisten Bürger/innen als unbegründet erwies. Der Ethno-Populismus Schwarzenbachs scheiterte daran, sich neue Forderungen einzuverleiben, um die in den Volksabstimmungen erzielte Polarisierung der Gesellschaft zu aktualisieren. In den 1980er Jahren mutierte er schließlich zu einer subalternen kulturellen Enklave, einer folkloristischen „Volkstumsschwärmerei“¹¹, die fortan lediglich eine Stammwählerschaft von zwei bis drei Prozent zu mobilisieren vermochte. So blieb der Überfremdungsdiskurs der Nationalen Aktion ein heftiges, aber zeitlich begrenztes „Strohfeuer“¹². Die Partei geriet in eine Krise, ehe sie in unterschiedliche Faktionen zersplitterte.¹³ Ihre wichtigste Nachfolgepartei, die Schweizer Demokraten, konnte die Mobilisierungserfolge Schwarzenbachs nicht annähernd wiederholen.

Ähnlich erging es anderen politischen Projekten der extremen Rechten: Die Genfer Partei Vigilance blieb ein kantonales Phänomen; die Auto-Partei, die sich in erster Linie als liberale Steuersenkungspartei profilierte und nebenbei Ressen-

7 Zum Überfremdungsdiskurs und der politischen Karriere Schwarzenbachs vgl. Drews 2005; Skenderovic 2003; Buomberger 2003 u. 2004.

8 Drews 2005: 272.

9 Zur Artikulation von Migration und Kommunismus zu einem bedrohlichen Kollektiv im Diskurs Schwarzenbachs vgl. exemplarisch Schwarzenbach 1974: 75ff.

10 Buomberger 2003.

11 von Salis, zit. in: Buomberger 2004: 205.

12 Buomberger 2004: 205.

13 Vgl. Drews 2005: 82ff.

timents gegen Ausländer kultivierte, stagnierte auf konstant niedrigem Niveau.¹⁴ Trotz einiger Achtungserfolge bei Referenden über migrations- und sicherheitspolitische Fragen scheiterten alle Tentativen rechts der drei bürgerlichen Großparteien daran, politische Projekte zu entwerfen, die diverse Unrechtserfahrungen integrieren, um als gegenhegemoniale Alternative der vier Bundesratsparteien wahrgenommen zu werden.¹⁵

Zudem entstanden trotz der kulturellen Diversität der Schweiz und zunehmender sozioökonomischer Disparitäten zwischen Peripherien und Zentren auch keine einflussreichen Regionalparteien, die erfolgreich gegen das Berner Quadrumvirat politisierten.¹⁶ Konflikte zwischen ökonomisch prosperierenden und strukturschwachen Kantonen, katholischen und protestantischen Gegenden, zwischen Stadt und Land oder den romanischen Teilen des Landes und der Majorität der Deutschschweizer lassen sich anhand der unterschiedlichen Stimmverteilungen in den Kantonen zwar mitunter ablesen, die Responsivität des konkordanzdemokratischen politischen Systems, die breite Akzeptanz des ausgeprägten Wettbewerbsföderalismus der Kantone und der schwach ausgeprägte Parteienwettbewerb verhinderten jedoch, dass diese Differenzen mit nachhaltigem Erfolg gegen die Berner Allparteienregierung gewendet werden konnten.¹⁷ So sind in der Schweiz bis heute zwar alle vier klassischen Konfliktlinien politisch virulent,¹⁸ doch intensivierte sich vor 1990 keine dieser Konfliktlinien zu einem

14 Zur Programmatik und Entwicklung der Auto-Partei vgl. Altermatt/Furrer 1994.

15 Zur relativen Schwäche der extremen Rechten in der Schweiz vgl. Gentile/Kriesi 1998; Skenderovic 2007a u. 2009.

16 Die Lega dei Ticinesi entstand erst 1991. Zur programmatischen und strategischen Ausrichtung der Partei und ihrer Stellung innerhalb des Parteiensystems vgl. Mazzoleni (2005), der die Partei als ethnische Überprägung des sozioökonomisch gelagerten Konflikts zwischen Peripherie und Zentrum deutet.

17 Eine Ausnahme bildet der Kanton Jura. Die stark mehrheitlich französischsprachige Region spaltete sich im Jahr 1979 nach einem langen ethnisch gelagerten Konflikt vom deutschsprachigen Kanton Bern ab (vgl. Ganguillet 1986; Linder 1994: 25f. u. 2012: 49ff.). Zur friedlichen Konfliktbearbeitung der regionalen Disparitäten durch das Konkordanzprinzip vgl. Steiner 1970; Linder 2012: 29ff.

18 Mit den vier klassischen Konfliktlinien sind die persistenten Gegensätze zwischen Stadt und Land, Arbeit und Kapital, Laizismus und Kirchenbindung sowie zwischen Zentrum und Peripherie gemeint, die Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (1967) als strukturbildende Konflikte westlicher Gesellschaften und ihrer Parteiensysteme konzipieren.

Freund-Feind-Gegensatz, der die Konkordanz gefährdet oder zumindest das Parteiensystem dynamisiert hätte.

Im Gegenteil, aufgrund der Kontinuität der Vier-Parteien-Regierung, der geringen Volatilität des Parteiensystems und der Beständigkeit des *alignment* zwischen den Wählergruppen und den vier Bundesratsparteien konnte sich die Schweiz bis zum Beginn der 1990er Jahre als Hort politischer Stabilität *par excellence* auszeichnen. Diese außerordentliche Stabilität des politischen Systems gründet auf einem konkordanzdemokratischen nationalen Imaginären, dessen Funktionslogik ich im Folgenden hegemonietheoretisch beschreiben werde.

Die vorherrschende Selbstinterpretation der Eidgenossenschaft ist geprägt durch das Diktum des Politologen Karl W. Deutsch. Demnach konstituiert die multikulturelle Nation einen „paradigmatischen Fall politischer Integration“¹⁹. Der Glaube an den ‚Schweizer Sonderfall‘²⁰ und die „schweizerische Gegenläufigkeit“²¹ stilisierte die pluralistische, „hoch über der blossen Bluts- und Sprachverwandtschaft“²² umliegender Kulturnationen stehende Willensgemeinschaft nicht nur zum Ideal einer nach republikanischen Idealen verfassten Nation.²³ Das hegemoniale Imaginäre der politischen Schweiz koppelt das Gelingen des Gemeinwesens zugleich an die konkordanzdemokratischen Konfliktregelungsmechanismen des politischen Systems.²⁴ Wenngleich zum ‚Sonderfall Schweiz‘ auch direkte Demokratie, außenpolitische Neutralität, Föderalismus und Subsidiarität gehörten, so das zentrale Argument, liege der Grundstein für den Zusammenhalt der heterogenen Nation doch in politischen Institutionen begründet, die nicht den Willen einer Mehrheit umsetzen, sondern strukturelle Minderheiten integrieren, die politischen Faktionen zu mitunter langwierigen Kompromissbil-

19 Deutsch 1976; vgl. hierzu auch Andreas Wimmers (2011) Studie zum multiethnischen Schweizer Nationalismus, sowie die einleitenden Bemerkungen zur Entstehung des Schweizer Nationalismus der Historiker Urs Allematt, Catherine Bosshart-Pfluger und Albert Tanner (1998).

20 Zum Topos des Sonderfalls als der nach wie vor „verbreitetste[n] kollektive[n] Identitätskonstruktion“ vgl. Eberle 2007: 7.

21 Schmid 1998 [1957].

22 Hilty 1875: 29; exemplarisch für die Aktualisierung der Selbstbeschreibung als exzeptionelle Willensnation vgl. Koller 1995: 11; Allematt/Bosshart-Pfluger/Tanner 1998.

23 Vgl. Tanner 2002: 179f.; im Anschluss an Ernest Renan, der die Schweiz 1832 als „la nation de l’Europe la plus légitimement composée“ bezeichnete (zit. in: ebd.).

24 So argumentieren beispielsweise die Politologen Wolf Linder (1994), Werner Seitz (2006) und Ulrich Klöti (2001) sowie der FDP-Politiker Kaspar Villiger (2008: 202ff.).

dungen zwingen und daher kollektiv verbindliche Entscheidungen fällen, die von allen als vernünftig, unterstützenswert, akzeptabel oder zumindest tragbar erachtet werden. Der ‚Schweizer Sonderfall‘ als „Geschichte einer gelungenen Integration“²⁵ gründet demzufolge in erster Linie auf der Konkordanzdemokratie, die als spezifisch schweizerische, anderen Ordnungen überlegene politische Ordnung präsentiert wird.²⁶ Bestätigt durch die außergewöhnliche Stabilität des Parteiensystems galt die Konkordanz für lange Zeit als die Erfolgsgarantin der kulturell heterogenen Willensnation.

Wenngleich auch der Föderalismus und die Milizarmee als „Schule der Nation“²⁷ die Integration der multikulturellen Bevölkerung im Rahmen einer Willensnation begünstigt hätten, sei die konkordanzdemokratische Norm des „gütlichen Einvernehmens“²⁸ die eigentliche Ermöglichungsbedingung des politischen Gemeinwesens.²⁹ Die konsensorientierten Konfliktregelungsmechanismen des politischen Systems (die proporzmäßige und machtteilende Bestellung der Regierung nach der sogenannten Zauberformel, die in der Verfassung verankerte Kollegialität des Bundesrates in der Kommunikation nach außen, die notwendige Kompromissbildung in einer regierungstragenden Koalition aus vier großen Parteien, die runden Tische und die daraus resultierende Vernetzung der gesellschaftlichen Eliten) hätten entscheidend dazu beigetragen, die soziokulturellen und sozioökonomischen Differenzen der multiethnischen Schweiz politisch zu integrieren.³⁰ Sie hätten ein republikanisches Staatsbürgerschaftskonzept hervorgebracht, mit dem sich die Bürger nicht als Politikabnehmer *gegenüber* dem Staat, sondern als Akteure *im* Staat wahrnahmen und sich auch dann noch mit der politischen Gemeinschaft identifizierten, wenn deren Entscheidungen zu ihren Ungunsten ausfielen.³¹ Im Windschatten dieser vorbildlichen *civic culture*³²

25 Altermatt/Bosshart-Pfluger/Tanner 1998.

26 Vgl. Widmer 2008: 184, Imhof 2007; kritisch zum Glauben an den konkordanzdemokratischen Sonderfall vgl. die ländervergleichende Studie von Armingeon 1996.

27 Als solche bezeichnete der Bundesrat die Armee noch im Jahr 1989 im Bericht an den Nationalrat, als das Parlament über die Abschaffungsinitiative abstimmte (vgl. Hubacher 2014: 142).

28 Lehmbruch 1967: 8.

29 Vgl. etwa Imhof 2007.

30 Vgl. exemplarisch Meier-Dallach 1988: 104ff. sowie zu Multikulturalismus und Konkordanz vgl. Neidhart 2002: 118ff.; Linder 2012: 29ff.

31 Vgl. Meier-Dallach 1988: 105.

sei ein „demokratischer Nationalismus“³³ entstanden, der auf den Vorrang individueller Freiheitsrechte und die Anerkennung von Diversität insistiere.

In partieller Konkurrenz zu diesem sendungsbewussten liberaldemokratischen Nationalismus, der die Schweiz als „europäische Pionieration“³⁴ und „aufgeklärte Musterrepublik“³⁵ bespricht, war nach dem Scheitern des Völkerbundes, in der Zwischenkriegszeit, mit der Idee der geistigen Landesverteidigung ein isolationistische Variante des Schweizer Nationalismus wiederbelebt worden, welche die Schweiz vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den deutschen und italienischen Faschismus in der Tradition des Rütli-Mythos als „heile Insel in einer heillosen Welt“³⁶ besprach. Als deutungsoffener, parteien- und ideologieübergreifender Minimalkonsens schuf der sogenannte ‚Landi-Geist‘ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Bewusstsein für die besondere Verfasstheit der von fremden Mächten umstellten „Alpenfestung“³⁷ Schweiz und propagierte die Notwendigkeit einer ideologisch geeinten und militärisch wehrhaften Nation, die ihren Ausdruck in der bewaffneten Neutralität und einer konsensualen Außenpolitik fand.³⁸ Eine wichtige Rolle für die Plausibilisierung dieser „nationalpädagogischen Staatsideologie“³⁹ spielte die „Vorstellung der Prägekraft des Bodens“⁴⁰: Der freiheitsliebende und unbeugsame „*homo alpinus helveticus*“⁴¹ avancierte zur Verkörperung des bedrohten liberaldemokratischen Kleinstaates. Mit dem Beginn des Kalten Krieges wurden diese Ideen von bürgerlich-konservativen Kräften hegemonisiert und als „antitotalitärer Basiskom-

32 Das Konzept stammt von den Gründervätern der vergleichenden politischen Kulturforschung Gabriel Almond und Sydney Verba (1963) und bezeichnet einen Typus politischer Kultur, der der liberalen Demokratie am besten entspricht.

33 Kohn 1956: 77.

34 Küng 1992: 96.

35 Langejürgen 1993: 17.

36 Ebd.

37 Küng 1992: 96.

38 Zum sogenannten ‚Landi-Geist‘ vgl. Jorio 2006; zur sendungsbewussten und isolationistischen Variante des Schweizer Nationalismus und ihren historischen Konjunkturen vgl. auch Widmer 2008: 22.

39 Guggenbühl 1998: 45.

40 Sarasin u.a. 1998: 28.; zur Semantisierung der Alpen als Kernstück der nationalen Identitätskonstruktion vgl. Marchal 1992.

41 Sarasin u.a. 1998: 28.

promiss“⁴² gegen (vermeintliche) Sympathisanten des expansiven Sowjet-Kommunismus gewendet.

Damit antwortet der Schweizer Nationalismus, ähnlich dem US-amerikanischen, auf die Herausforderung, eine ethnisch, sprachlich und kulturell heterogene Bevölkerung zu integrieren, mit einer „Überhöhung und Sakralisierung des Volkes als einig Volk von Bürgern“⁴³. Und wie der US-amerikanische Nationalismus kann auch der Schweizer Nationalismus, insbesondere in seiner protektionistisch-isolationistischen Variante, den Individuen mitunter große Opfer abverlangen, weil er als singuläre und vermeintlich letzte Bastion von Freiheit, Souveränität und Humanität erscheint. Obwohl die Bindungskraft dieses Basiskompromiss zwischen den 1960er und 1980er Jahren nachließ und mit dem Untergang des realexistierenden Sozialismus sein konstitutives Anderes verlor, verfügt die politische Schweiz in Form dieses Exzeptionalismus über eine starke Tradition der nationalen Selbstvergewisserung, die dem SVP-Populismus vielfältige Anknüpfungspunkte bot.⁴⁴

Jedoch folgt das hegemoniale Imaginäre, das diese Sonderstellung lange Zeit unterfütterte und die Möglichkeiten der nationalen Selbstbeschreibung begrenzte,⁴⁵ traditionellerweise nicht populistisch-binären bzw. äquivalenzlogisch dominierten Diskursen. Vielmehr schuf die anhaltende Aktualisierung „ganzheitlicher

42 So die Formulierung des Schweizer Soziologen Kurt Imhof (Imhof 1996b, Jost/Imhof 1998: 371). Diese würdigende Deutung der Geistigen Landesverteidigung ist allerdings umstritten; vgl. dazu das Streitgespräch zwischen Hans-Ulrich Jost und Kurt Imhoff (1998).

43 Altermatt/Bosshart-Pfluger/Tanner 1998: 12; Tanner 2002: 180.

44 So fand das Nationale Forschungsprogramm „Kulturelle Vielfalt und nationale Identität“ zu Beginn der 1990er Jahre heraus, dass das intersubjektive Bewusstsein für das politisch-kulturelle Alleinstellungsmerkmal in der Schweizer Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet ist: Wohingegen die meisten Schweizer/innen ihre Alltags- und Lebenskultur oder die Produkte ihrer Höhenkammkultur nicht für besonders originell halten, so der Abschlussbericht der Studie, sei die starke Mehrheit überzeugt, dass „die Schweiz insgesamt [...] eine eigene politische Kultur habe und diese von ethisch hohem Niveau sei, dass sie sich darum von den politischen Kulturen anderer Gesellschaften abhebe und für die eigene Gesellschaft eine täglich verpflichtende Vorgabe sei“ (Kreis 1993: 141).

45 Zur Kontingenzbegrenzung durch Sonderfalldiskurse vgl. Imhof 2007: 27, der die Wirkungsweise der Sonderfall-Ideologie mithilfe des Konzepts der Pfadabhängigkeit begründet.

und teilungsfreier Repertoires“⁴⁶ von Seiten einer kollegial handelnden politischen Elite eine Gemeinschaft, die sich als multikulturelle, gemäßigt pluralistische und konkordanzdemokratisch integrierte „Ausgleichsgesellschaft“⁴⁷ identifiziert. Die Hegemonie der Konkordanz und des Neokorporatismus nobilitierte das gemäßigte *juste milieu* als staatstragende, verantwortungsvolle Kraft. Sie schuf eine differenzlogisch komponierte politische Landschaft und ließ eine politische Kultur entstehen, die sich an der politischen Mitte orientiert. So wurden die Ergebnisse des konkordanzdemokratischen Elitenkonsenses nicht als Symptom eines klügelnden politischen Establishments, sondern als Ergebnis langwieriger Aushandlungsprozesse politischer Repräsentanten interpretiert, die der Fragilität der pluralistischen Schweizer Gesellschaft in idealer Weise Rechnung tragen.

Durch das Initiativ- und Referendumsrecht ist der Verfassung zwar ein konkurrenzdemokratisches Gegengewicht zum Parteienkonsens eingebaut, insofern diese Institutionen den Regierungsparteien erlauben, aus einer „fallweisen Opposition“⁴⁸ zu politisieren. Jedoch gilt die direkte Demokratie lange Zeit als Supplement und keineswegs als Kernstück der politischen Schweiz. So darf die Tatsache, dass diese plebiszitären Instrumente oftmals erfolgreich genutzt wurden, um gegen Bundesrat und die regierungstragenden Fraktionen zu mobilisieren, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den etablierten politischen Kräften im Anschluss an die Abstimmungen stets gelang, derlei Forderungen entweder zu peripherisieren und als das bedrohliche Andere des ‚konkordanzdemokratischen Sonderfalls‘ zu dezertifizieren oder aber zu beschwichtigen und der Verhandlungsdemokratie einzuverleiben.⁴⁹

Als Meisterin dieses doppelten Spiels erwiesen sich insbesondere die Freisinnigen. Sobald sich eine Opposition rührte und die Hegemonie des liberalen Nationalismus gefährdete, machte die FDP diese unschädlich, indem sie sie entweder als unpatriotisch diffamierte oder aber so viele Konzessionen gewährte, bis jede fundamentaloppositionelle Strategie weder glaubwürdig noch attraktiv

46 Meier-Dallach 1988: 127 u. Meier-Dallach u.a. 1980: 44ff.

47 Rehberg 2007.

48 Linder/Steffen 2006: 27.

49 So stellt der Journalist Thomas Küng (2014: 169) fest: „Wenn also das Parlament [...] eine Volksinitiative zu Fall bringen will, so bastelt es am besten einen Gegenvorschlag, ein Kompromissangebot, das die Engagierten von den Mitläufern scheiden soll. Standardäusserung der Politiker: ‚Das Ansinnen ist durchaus berechtigt. Die Initiative schiesst aber über das Ziel hinaus.‘“

war.⁵⁰ Entsprechend konstatierte der Schweizer Soziologe Hans-Peter Meier-Dallach im Jahr 1988:

„In der politischen Kultur der Schweiz haben Politiker, Ideologen und Projekte wenig Legitimität, die alternative, utopische oder schwarzweiß polarisierte Zukunftserwartungen akzentuieren und dadurch das Bild der Gegenwart und der Vergangenheit drastisch in Frage stellen.“⁵¹

Und der Politologe und Jurist Kris W. Kobach postulierte selbst im Jahr 1993 noch: „A fundamental and traditional aspect of Swiss traditional political culture is its distaste for popular leaders.“⁵² Wer als verantwortungsbewusste, an konstruktiven Lösungen interessierte politische Kraft wahrgenommen werden wollte, musste sich folglich sowohl programmatisch als auch strategisch innerhalb einer konkordanzdemokratisch integrierten politischen Mitte verorten. „Wer gegen sie [die Konkordanz, M.H.] verstößt, wird politisch bestraft, wer sie betont oder gar fördert, wird politisch belohnt.“⁵³ Demnach portraitiert sich der *homo helveticus politicus* als Teil eines maßvollen Ganzen, dessen innere Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte mit Hilfe kompromissorientierter institutioneller Mechanismen kontinuierlich moderiert und austariert werden. Die *volonté générale* der Willensnation entspringt nicht einem homogenen, organisch gewachsenen Volkskörper, sondern ausgeklügelten Institutionen, die diesen Willen konsensual prozeduralisieren und auch strukturelle Minderheiten integrieren.

Die Befolgung konkordanzdemokratischer Spielregeln gilt jedoch nicht nur als strategische Notwendigkeit angesichts der inneren Heterogenität des Vielvölkerstaates. Indem Konkordanz und Aufklärung miteinander assoziiert werden, wird der *Output* des politischen Systems zusätzlich vernunftrechtlich nobilitiert.

„Wer vernünftig ist, der streitet auf Biegen, nie aber auf Brechen! Tatsächlich liegen die Bedeutungen der Vernunftidee der Aufklärung und der Vernunftidee der Konkordanz sehr nahe beisammen. Konkordanz ist Deliberation. Der ‚Austritt aus der selbstverschuldeten

50 Vgl. Somm 2009: 134. „Schlimmeres verhüten und referendumsfähige Gegner in die Regierung einbinden“, diagnostizierte der langjährige CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher (zit. in: Somm 2009: 134) im Jahr 1998 trefflich, „ist seither eines der Erfolgsrezepte der über hundertjährigen FDP geworden“.

51 Meier-Dallach 1988: 113.

52 Kobach 1993: 180.

53 Imhof 2007: 28.

Unmündigkeit' beruht auf freier öffentlicher Kommunikation und diese, so die Kernüberzeugung der Aufklärungsphilosophie, führt zu Vernunft und Tugend. [...] Konkordanz wird damit zum Habitus der Aufgeklärten, das Verhandeln von Ideen und Interessen zur sittlichen Forderung an die Akteure in Problemlösungsprozessen. Konkordantes Handeln verschafft in der politischen Kultur der Schweiz Status. Umgekehrt wird weltanschauliche Reinheit zum Dogmatismus, zur Zwängerei, zum Unschweizerischen und führt zu Statusverlust.⁵⁴

Kurt Imhofs skandierende Merksätze machen deutlich, dass die Konkordanzdemokratie nicht bloß ein neutraler, streng propositionaler Analysebegriff der Vergleichenden Regierungslehre ist, sondern als *operatives Paradigma* fungiert.⁵⁵ Die Konkordanz arbeitet „operativ in der Gesellschaft [...], indem sie Institutionen und Praktiken ihren Platz, Charakter und Bedeutung verleih[t] und dabei handlungsleitend wirk[t]“⁵⁶. Es handelt sich um ein Set von Ordnungsbegriffen mit normierender und identitätsstiftender Kraft. In der Schweiz ist Konkordanz für lange Zeit nicht nur ein Verfahren der politischen Entscheidungsfindung, sondern auch eine Lebensform.

Die Macht dieser Selbstbeschreibung manifestiert sich in der Behandlung gegenhegemonialer binärer Diskurse: „[U]m Kultur und Staatswesen deckungsgleich zu machen“⁵⁷, die konkordanzdemokratischen Paradigmen des politischen Systems zum Pendant eines genuin schweizerischen soziokulturellen Substrats zu stilisieren, sind die konkordanzdemokratischen Gemeinschaftssemantiken auf antagonistischen Grenzziehungen gegenüber einem bedrohlichen *homo externus* angewiesen.⁵⁸

54 Ebd.: 36.

55 Im Theoriekapitel habe ich dieses Konzept im Anschluss an Sheldon Wolin (1968: insb. 183ff.) als „Ensemble aufeinander bezogener Aussagen und Konzepte, die durch ihre Iteration als diskursiv-normative Anweisungsstruktur fungieren“ definiert.

56 Rosa 1994: 199f.

57 Hall 1994a: 204.

58 Imhof (2007: 35f.) weist darauf hin, dass sich dies exemplarisch anhand der Auslandsberichterstattung der Schweizer Medien belegen ließe: Nicht nur, dass man der offene Austragung oder gar die gewaltsame Eskalation ideologischer Konflikte mit Unverständnis begegne; „wenn die Schweiz [...] politisch oder wirtschaftlich tangiert war, dann wurde immer die Hoffnung geäußert, die Kontrahenten mögen doch noch zur Vernunft finden“.

„In dem Masse, wie sich die Schweiz unter dem Druck der tiefgreifenden ökonomischen Krisenauswirkungen und den ebenso bedrohlichen wie fundamentalen Veränderungen in ihren Nachbarländern als *Schicksalsgemeinschaft und Willensnation* entdeckte, wurden die Trägerorganisationen und -bewegungen klassenantagonistischer, ständestaatlich-autoritärer und rassistischer ideologischer Konstrukte peripherisiert, wurde [...] die Integration der Sozialdemokratie eingeleitet, der Korporatismus erweitert und die Umriss einer Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik festgelegt, auf denen eine wieder berechenbare Zukunft angegangen werden konnte.“⁵⁹

Demnach läuft die (Re-)Produktion der konkordanzdemokratisch integrierten Gemeinschaft *parallel* zur Dezertifizierung binärer Diskurse und ihrer „weltanschaulichen Ausschließlichkeitsfixierungen“⁶⁰, welche die unheilvolle Geschichte des „Zeitalters der Extreme“⁶¹ prägten.⁶² Erst der Antagonismus gegenüber dem *locus terribilis*, den ‚bornierten Dogmatikern‘, ‚ideologischen Scharfmachern‘ und den ‚extremistischen Kritikern‘ des Parteien- und Verbändekonsenses begründet das *juste milieu* als *locus amoenus* und einzig legitimen Repräsentanten der Schweizer Gesellschaft.⁶³ Die diskursive Repräsentation eines inkomensurablen, radikalen Anderen lässt die Konkordanz zum Erfolgsgaranten der multikulturellen Willensgemeinschaft avancieren. Die Präsenz dieses bedrohlichen Außen sorgt für die Perpetuierung der kompromiss- und konsensorientierten Spielregeln des politischen Systems und initiiert ein symbiotisches, wechselseitig positives Feedback von ‚politics‘ (der Reproduktion des Kompromissprinzips von Seiten der politischen Akteure), ‚policy‘ (den verfassungsmäßig induzierten konkordanzdemokratischen Spielregeln) und politischer Kultur (der Nobilitierung der konkordanzdemokratischen Konfliktbearbeitung als genuin schweizerisch und vernünftig), das über mehrere Jahrzehnte kaum gestört wurde. So entstand ein gemäßigt pluralistischer politischer Raum mit vielfältigen schwachen Antagonismen im Innern und starken peripheren Antagonismen, der bis in die 1990er Jahre gegen alle binären Spaltungsversuche immun schien.

59 Imhof 1996a: 35.

60 Imhof 2007: 36.

61 Hobsbawm 1995.

62 Vgl. Imhof 2007: 32 u. 35.

63 Vgl. für eine derartige Selbstvergewisserung etwa Armingeon 1995.

1.2 DER SVP-POPULISMUS UND DIE KRISE DER KONKORDANZDEMOKRATISCH INTEGRIERTEN SCHWEIZ

Erst dem SVP-Populismus gelang es, die glatte Reproduktion dieses differenzlogisch komponierten Raumes nachhaltig zu stören. Die Strategie des konkordanzdemokratischen Elitenkonsenses, jede Form der Polarisierung als ‚unvernünftig und ‚unschweizerisch‘ zu diffamieren und fundamentaloppositionelle Projekte im Keim zu ersticken oder zumindest mittelfristig zu unterminieren, sollte im Kampf gegen Blochers SVP scheitern.

Die von der Zürcher Kantonssektion um Christoph Blocher vorangetriebene programmatische und strategische Radikalisierung befreite die ehemalige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) aus dem „Korsett der Konkordanz“⁶⁴. Während die BGB und die ‚alte SVP‘ als klientelistisch orientierter, kompromissbereiter Partner innerhalb der bürgerlichen Allianz politisierten, artikulierte Blochers ‚neue SVP‘⁶⁵ *das heterogene Andere* des konkordanzdemokratisch-korporatistischen Elitenkonsenses und eilte fortan mit einer gegen ‚Classe politique‘ und ‚Establishment‘ gerichteten Rhetorik von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Gemessen an den Nationalratswahlen konnte sie ihren Stimmenanteil von 11,9 im Jahr 1991 sukzessive auf 28,9 Prozent im Jahr 2007 steigern.⁶⁶ 2011 erlitt sie einen kleinen Einbruch und erhielt lediglich 26,4 Prozent, ehe sie 2015 ein vorläufiges Rekordergebnis von 29,4 Prozent einfuhr.

Die Offensive der SVP erschütterte indes nicht nur das ehemals „festgefrorene“⁶⁷ Vierparteiensystem, sondern führte auch zu einer verstärkten Politisierung und Polarisierung der Bevölkerung, die nicht nur das etablierte Parteiensystem, sondern auch das Konkordanzprinzip affizierte.⁶⁸ Da die Vertiefung der ideolo-

64 Altermatt 1994.

65 Mazzoleni 2003.

66 Bei den Wahlen von 2011 erhielt die SVP zwar nur 26,6 Prozent, war damit jedoch erneut die deutlich stärkste politische Kraft.

67 Kriesi 2005: 4; im Anschluss an die frozen-party-systems-These der Politologen Martin Lipset und Stein Rokkan (1967), nach denen es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dieselben Konfliktlinien sind, welche die Parteienlandschaften und die politische Prozesse in den meisten westeuropäischen Staaten strukturieren.

68 Auf der Ebene des Parteiensystems äußert sich diese Polarisierung in zweierlei Hinsicht: Zum einen lässt sich anhand der Wahlergebnisse eine Stärkung der Ränder bei gleichzeitiger Schwächung der staatstragenden politischen Mitte ausmachen. Zum an-

gischen Gräben zwischen den politischen Lagern die Reproduktion kooperativer und kollegialer Normen erschwert und die Konkordanzdemokratie sich schwer tut, widerstreitende Standpunkte und Positionsdifferenzen politisch zu repräsentieren, löste der Aufstieg und die Radikalisierung der SVP auch eine Krise des politischen Systems aus.⁶⁹ Seine politischen Protagonisten, die staatstragenden Mitte-Parteien FDP und CVP, verloren an Zustimmung.⁷⁰ Um ihren hegemonialen Repräsentationsanspruch zu wahren, versuchten sie zwar, den Antagonismus zu den ökologischen und sozialdemokratischen Linksparteien zu betonen, doch wurden die vielfältigen, konkordanzdemokratisch moderierten Antagonismen des Links-Rechts-Kontinuums sukzessive durch den von der SVP akzentuierten, ‚tieferliegenden‘ populistischen Antagonismus zwischen einem ‚unschweizerischen, korruptierten Machtblock‘ und einem ‚schweizerischen, moralisch integren *underdog*‘ überprägt.

Die Effektivität dieses Diskurses manifestiert sich u.a. darin, dass sich heute alle wichtigen politischen Kräfte zum ‚Sonderfall Schweiz‘ bekennen, die Debatten über die Bedeutung und Hierarchisierung der einschlägigen Normen jedoch kontrovers verlaufen. Die dominante Selbstbeschreibung der politischen Schweiz folgt nicht mehr der konkordanzdemokratisch-korporatistischen Gemeinschaftsideologie, sondern in zunehmendem Maße einem binären Modell. Nicht nur in den Verlautbarungen von Blocher und seinen Anhänger/innen, sondern auch in jenen seiner politischen Gegner/innen weichen die Iterationen des gemäßigten Pluralismus dichotomen Freund-Feind-Unterscheidungen. So entspricht die von den politischen Kontrahenten der radikalisierten SVP ins Leben gerufene „Koalition der Vernunft“⁷¹, was die evozierte Strukturierung des politi-

deren haben sich die Parteien in ihren Positionen jeweils radikalisiert, sodass das Parteiensystem inzwischen nicht nur fragmentierter, sondern weitaus polarisierter ist als der europäische Durchschnitt (vgl. Ladner u.a. 2010; Ladner 2010; Ladner 2013).

- 69 Vgl. zur Krise der Konkordanzdemokratie Mazzoleni/Skenderovic 2007; Hennecke 2003; Steppacher 2012.
- 70 Während die SP sich im Zeitraum zwischen 1991 und 2007 im Bereich von etwa 20 Prozent stabilisierte, büßten die bürgerlichen Parteien FDP und CVP im selben Zeitraum jeweils sechs Prozent ein und verloren bei den Nationalratswahlen von 2011 mit 15,1 Prozent (FDP) und 12,3 (CVP) erneut an Terrain.
- 71 Die sogenannte „Koalition der Vernunft“ (aus FDP, CVP und SP) wurde von der sozialdemokratischen Parteichefin Ursula Koch nach den Nationalratswahlen von 1999 ins Leben gerufen und gegen die ‚unvernünftige SVP‘ gewandt (Koch zit. in Bürgi 1999: 182). Der Begriff stammt eigentlich von 1991, als SP und FDP sich in Zürich zusammentaten, um gegen die SVP die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an

schen Raumes betrifft, dem von Blocher propagierten Szenario eines binären Antagonismus zwischen der SVP und den „Sozialisten in allen Parteien“⁷² bzw. seiner Prognose, die Schweiz steuere auf ein Zweiparteiensystem aus einer zentralistischen „vereinigten Linken“ auf der einen und einer freiheitlichen SVP auf der anderen Seite hin.⁷³

Insofern handelt es sich bei dem um die SVP zentrierten Populismus nicht nur um einen Krisenindikator oder einen schlichten Agenda Setter. Der SVP-Diskurs thematisiert nicht nur vernachlässigte und tabuisierte Probleme und Forderungen, welche die staatstragenden Kräfte aufgreifen müssen, um die Responsivität des ‚eigentlichen‘ politischen Systems wiederherzustellen. Vielmehr führt die populistische Konstruktion einer Demarkationslinie zwischen einem ‚unschweizerischen Sie‘ und einem ‚urschweizerischen Wir‘ zu einer Reorganisation des politischen Raumes. Die Quintessenz und der Erfolg des SVP-Populismus gründen darauf, dass er die vielfältigen Konfliktlinien der multikulturellen Gesellschaft durch eine tieferliegenden Grundkonflikt ersetzt und das Universelle (die Identität der Schweizer Nation) mit dem Partikularen (der eigenen politischen Agenda) verflechtet.

Es wäre folglich zu kurz gegriffen, den SVP-Populismus auf eine politische Folgeerscheinung gegebener sozialer Verhältnisse zu reduzieren. Er ist vielmehr als hegemonialer Diskurs zu begreifen, an dessen antagonistischen Grenzen die politisch maßgeblichen Identitäten und Selbstbeschreibungen der Schweizer/innen kristallisieren. Es handelt sich eben nicht bloß um ein politisches Epiphänomen der Legitimationskrise des politischen Systems, sondern um einen performativen Diskurs, der diese Krise mitauslöst, indem er zentrale Funktionsprinzipien der Konkordanz (die korporatistische Elitenvernetzung, die Kompromissfähigkeit der politischen Akteure, das Kollegialitätsprinzip, die geringe Dissens-Toleranz und die Tabuisierung fundamentaloppositioneller Alternativen) unterminiert.

Diese soziale und politische Produktivität des SVP-Populismus soll im Folgenden hegemonieanalytisch offengelegt werden. Dabei möchte ich nachzeich-

Abhängige durchzusetzen. 1999 wurde die Koalition der Vernunft nationalisiert, auf alle Politikfelder ausgedehnt und avancierte in der Folge sowohl bei Anhängern der SVP als auch bei ihren Gegnern zum geflügelten Wort.

72 Blocher 2000a.

73 Blocher 1999a: 17f. Die Vertreter der sogenannten bürgerlichen Mitte, CVP, FDP und auch einzelne aus der heutigen SVP würden zu einer „Wischi-Waschi-Partei“ fusionieren, der Blocher ob ihrer Profillosigkeit jegliche politische Existenzberechtigung abspricht.

nen, wie der SVP-Diskurs die etablierte, verhandlungsdemokratische politische Kultur desartikuliert, indem er die schwachen Antagonismen zwischen den Faktionen des politischen Spektrums durch einen vermeintlich tieferliegenden, binär strukturierten Antagonismus ersetzt, der die vielfältigen Differenzen der multi-kulturellen Schweiz transzendiert.